

## **ANTRAG**

des Abgeordneten Mag. Mandl

gemäß § 34 LGO

zum Antrag LT-1521/A-3/473-2017

betreffend **Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei**

Am 26. Jänner 2017 fasste der NÖ Landtag einen Beschluss zum Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Anlass dafür waren Rechtsverletzungen im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in der Türkei, das Vorgehen gegen regierungskritische Journalisten, die Blockade unabhängiger Nachrichtenportale, die Entlassung von tausenden Lehrern, Professoren, Beamten, Anwälten, Richtern, Polizisten und Teilen des Militärs, die Ausreiseverweigerung gegenüber Akademikern und die Rückbeorderung von jenen, die sich im Ausland aufhalten. Diese Ereignisse haben verdeutlicht, dass sich die Demokratie-Auffassung der Türkei von jener der EU massiv unterscheidet.

Die Lage in der Türkei hat sich seit dem Verfassungsreferendum im April 2017 - und der damit verbundenen Entscheidung für ein autoritäres Präsidialsystem - nicht verbessert, vielmehr bewegt sich die Türkei immer mehr von Europa weg. Nach der neuen Verfassung kann der türkische Präsident das Parlament ohne Begründung auflösen, auch die Einschränkung der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit der Justiz widersprechen den rechtsstaatlichen Prinzipien. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Vorgehensweise der EU unverständlich, die Türkei ist auf absehbare Zeit weiterhin nicht EU-beitrittsfähig.

Sinnvoller als ein starres Festhalten an einer Beitrittsfiktion wäre ein realistischer Ansatz in Form eines neuen Nachbarschaftsvertrags auf Basis einer modernisierten

Version der Zollunion. Eine Zusammenarbeit mit der Türkei in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, vor allem aber bei der Terrorismusbekämpfung, ist jedoch insofern geboten, als die Türkei ein bedeutender regionalpolitischer und wirtschaftlicher Akteur ist.

Da sich seit dem Beschluss des Landtages vom 26. Jänner 2017 zu Ltg.-1072-1/A-3/180-2016 keine Verbesserung der Lage in der Türkei ergeben hat, soll die Forderung dieses Landtagsbeschluss nochmals bekräftigt werden.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

### **A n t r a g :**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die Landesregierung wird ersucht, nochmals an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, sich weiterhin auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass bestehende Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eingefroren werden.
  
2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag Ltg.-1521/A-3/473-2017 miterledigt.“